

**H 005                      DGB-Bezirksvorstand West**

Beschluss des DGB-Bundeskongresses

Angenommen als Material zu Antrag H 001

**Leiharbeit: Gleiche Arbeit – gleiches Recht**

Der DGB-Bundeskongress möge beschließen:

Wir fordern den DGB auf, die zunehmende Leiharbeit verstärkt in den Mittelpunkt der politischen Arbeit zu stellen. Wir wollen gesetzliche, tarifliche und betriebliche Bedingungen durchsetzen, die unserem Prinzip „gleiche Arbeit – gleiches Recht“ gerecht werden. Deshalb fordern wir:

1. Begrenzung der Anzahl der Leiharbeiter/innen und Begrenzung der Überlassungsdauer von Leiharbeitern auf höchstens drei Monate.
2. Übernahmeverpflichtung für die Entleiherbetriebe nach drei Monaten.
3. Tarifvertragliche Gleichstellung, Equal Pay ab dem ersten Tag des ersten Einsatzes.
4. Im Streikfalle dürfen Leiharbeiter/innen nicht eingesetzt werden.
5. Das Synchronisationsverbot soll wieder ins Arbeitnehmerüberlassungsgesetz aufgenommen werden.
6. Entsprechend der Anträge der Branchenarbeitgeberverbände mit der DGB-Tarifgemeinschaft muss die Leiharbeit in das Entsendegesetz aufgenommen werden. Nur so kann es gelingen, dass auch Leiharbeiter/innen von nicht deutschen Firmen Mindestbedingungen einhalten müssen.
7. Einbeziehung der Leiharbeiter/innen für die Berechnung von Betriebsratsmandaten und der Freistellung von Betriebsräten.
8. Der Einsatz von Fremdfirmen zur Erledigung von bestimmten Aufträgen ist nur mit Zustimmung des Betriebsrates möglich.
9. Übernahme von Auszubildenden hat Vorrang vor der Einstellung von Leiharbeiter/innen.
10. Tarifvertraglich geregelte Mitbestimmung bei der Einstellung von Leiharbeiter/innen gemäß Betriebsverfassungsgesetz, diese sind wie eigene Beschäftigte zu behandeln.